

CONSULATE GENERAL OF SWITZERLAND
FOR THE IRISH FREE STATE

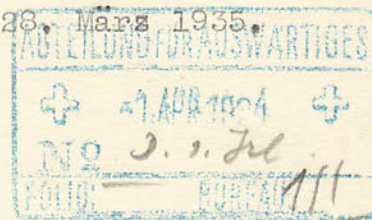
1-3 Westmoreland Street
Dublin

REFERENCE

M. ...

(M. ...)

den 28. März 1935.



Herr Bundesrat,

Es ist für einen fremden Vertreter, der zum ersten Male irischen Boden betritt, kein Leichtes die politische Situation im Freistaate gleich richtig zu erfassen. Selbst Diplomaten, die schon längere Zeit hier weilen, haben alle Mühe, sich ein richtiges Urteil zu bilden. Eines ist gewiss, dass man hier im Hinblick auf den Volkscharakter vielleicht mit mehr Imponderabilien rechnen muss als anderswo.

1 Allgemeines.

Schon die allgemeine Atmosphäre ist nicht so rein, wie es für den Aussenstehenden den Anschein haben möchte. Wohl ist das gesamte irische Volk hoch erfreut über die in der Revolution gewonnene Selbständigkeit und Freiheit; es gibt seiner Freude darüber auch bei jeder Gelegenheit unverhohlenen Ausdruck. Vor allem aber möchte es nunmehr den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung erleben und in Ruhe die Früchte seiner Unabhängigkeit geniessen. Jedoch gemäß

An das Eidgenössische Politische Departement,

B e r n .



Hierin hat diese Freude einige Störungen erfahren, die für die weitere Entwicklung des Landes von entscheidendem Einfluss sind und die einstweilen dem Volke einen ungetrübten Genuss seiner Freiheit noch nicht gestatten.

Im Stadtbild der Residenz kommt die neue Aera nur wenig zum Ausdruck. Entgegen dem in anderen neuen Staaten Gesehenen trifft man hier fast keine Militärpersonen auf der Strasse. Die Polizei versieht heute wie vor 25 Jahren den Dienst mit derselben Ruhe und Anständigkeit. Einzig die Zahl der Strassenbettler dürfte stark zugenommen haben. Die Stadt wimmelt von Menschen. 1926 hatte Dublin 405.000 Einwohner, heute sind es 424.000. Die Stadt hat räumlich auch stark an Ausdehnung gewonnen. Die Bautätigkeit beschränkt sich aber fast ausschliesslich auf billige Arbeiterwohnungen, öffentliche und private Neubauten im Stadttinneren gibt es nur sehr wenige. Der städtische Bevölkerungszuwachs dürfte sich grösstenteils aus Landproletariat zusammensetzen, das infolge von Arbeitsmangel auf dem Lande sich nach der Stadt verzogen hat. Viele dieser Aermsten werden ganz auf Staatskosten unterhalten. Ihre Genügsamkeit mutet einem ganz orientalisch an. Sie hilft heute noch über manches hinweg, aber wie lange noch ?

2. Innenpolitik.

Rein äusserlich genommen hat es den Anschein, als ob sich das heutige Regime konsolidieren würde und die

Regierung fest im Sattel sässe. Das autokratische Verhalten de Valeras duldet keine Halbheiten. Er hat es vortrefflich verstanden, die Zügel des Staatswagens ganz in die Hände zu nehmen, ohne das demokratische Empfinden des Volkes zu verletzen. Sein zielbewusstes Streben geht zweifelsohne nach einem neutralen Irland, das mit der ganzen Welt, also auch mit Grossbritannien, auf gleichem Fusse verkehrt. Für diese Politik ^{a)} brücht de Valera gewiss nicht die Bajonette der kleinen, etwas über 6000 Mann umfassenden Armee. Diese dient bestenfalls dazu im Innern des Landes Ruhe und Ordnung zu schaffen. Der reguläre Ordnungsdienst wird durch die Polizei versehen. Für Parteimassnahmen könnte der Regierungschef immer noch auf einen Teil der I.R.A. (Irish Republican Army), die sich nunmehr auch in zwei Lager gespalten zu haben scheint, zurückgreifen. Ob der Präsident, der heute angeblich nicht mehr mit allen von ihm ernannten Ministern auf bestem Fusse steht, sich immer über alle seine Handlungen volle Rechenschaft gibt, oder ob ihn sein südlich irisches Temperament (er ist der Sohn eines spanischen Vaters und einer irischen Mutter) nicht doch bisweilen allzu sehr seinem blossen Empfinden folgen lässt, ist schwer zu sagen. Es ist jedenfalls auffallend wie auch in dieser starken Führernatur, sobald sich in ihr nationale Aspirationen geltend machen, das Romantische mitspielt. Ausser Zweifel teilt de Valera mit allen grossen

Revolutionären der Gegenwart ein weitgehendes soziales Verständnis und eine glühende Liebe zu seinem Lande, die auch vor Härten nicht zurückschreckt.

Man hört bisweilen von einem faszistisch regierten Irland sprechen. Ich glaube sagen zu dürfen, dass diese Auslegung den hiesigen Verhältnissen nicht entspricht. Tatsächlich setzt heute eine Partei mit legaler Regierungsmehrheit, deren Führer obendrein noch Regierungshaupt ist, ihr Parteiprogramm energisch durch, aber - und das ist wesentlich - sie lässt dabei der Opposition freie Hand. Es ist das alte Spiel der Whigs und Tories in verkleinertem Masstabe und auf andere Grundlagen übertragen. Für den Betrieb der Regierungsmaschine hat sich das neue Irland klugerweise stark an das englische System angelehnt, ja man ist hierorts vielleicht sogar auf gewissen Gebieten in der Befolgung englischer Praktiken noch konservativer als im "Schwesterstaate" Grossbritannien.

Dass die Regierung oder besser gesagt Präsident de Valera bei dieser Sachlage in erster Linie ein Apaisement nach Innen sucht, ist begreiflich. Seine Massnahmen greifen ebenso sehr in die Wirtschaftspolitik, wie in das soziale Leben ein. Die Behörde ist sich dabei wohl bewusst, dass ihre Mittel beschränkt sind und dass nur ein sehr sparsames Regime die vielen Schwierigkeiten überwinden helfen kann. Bei dem

übersetzten Nationalismus lässt sich immerhin hier manches leichter durchführen als anderwärts. Indem man dem Volke "buy irish" predigt und immer wieder neue Industrien schafft, bleibt heute schon mehr Geld im Land und viele Arbeitslose finden damit neuen Verdienst. Dieses Vorgehen hat aber einen ebenso grossen Nachteil. Je mehr das Land seine Grenzen gegen fremde Einfuhr abschliesst - jede neue Industrie ruft automatisch neuen Einfuhrverboten - desto mehr geht die Ausfuhr der ohnedies schon spärlichen Landesprodukte zurück. Der einst blühende ~~Woh~~ Handel wird heute nur noch künstlich aufrecht erhalten. Güteraufteilung und Exportprämien schaffen noch lange nicht den gewünschten Ausgleich. Die Regierung versucht in geschickter Weise diese schweren Gefahren zu rechtfertigen.

Ein weiteres Problem für die Regierung bildet die Auswanderung. Infolge der heutigen Weltlage kann dieses ausgesprochene Emigrationsvolk nicht mehr auswandern. Die Vereinigten Staaten, die im Laufe der Jahre wohl über 5 Millionen Iren aufgenommen haben, lassen heute sozusagen keine Einwanderer dieses Landes mehr zu. England und die Dominions schliessen ebenfalls ihre Tore. Was dies für Irland, das früher bis zu 50% seiner Volksgenossen in der Uebersee hatte, bedeutet, lässt sich leicht erraten. Die Insel bevölkert sich immer mehr. Die Zahl der versicherten Arbeitslosen

wächst fortwährend. Heute sind es bereits 138.000, die offiziell gemeldet werden. In Wirklichkeit dürften noch viel mehr Arbeitslose sein.

Je mehr die Industrialisierung fortschreitet und die Landwirtschaft zurückgeht, desto mehr wird das Leben verteuert und desto mehr wächst auch die Zahl der Unzufriedenen. Die Anzeichen für eine solche Unzufriedenheit sind übrigens heute bereits schon da. Ein vor bald Monatsfrist ausgebrochener Verkehrsstreik nimmt immer drohendere Formen an und zeigt mit aller Deutlichkeit die Richtung, in der die Arbeiterschaft, die hier sehr straff organisiert ist, sich bewegen wird. Bei der Landbevölkerung soll es ebenso viele Unzufriedene geben. Ich habe bis jetzt noch nicht Gelegenheit gehabt, mich selber an Ort und Stelle davon zu überzeugen, aber schon die Lektüre der Zeitungen lässt vermuten, dass dies zutrifft. Steuerverweigerungen, Schlägereien und dgl. sind nicht selten; die Klagen über eine zunehmende Verrohnung der an sich schon sehr derben Landbevölkerung wollen nicht aufhören. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge, namentlich die unheimlich niedrigen Verkaufspreise, schaffen eine Situation, die zu Konflikten führen wird, wenn es der Regierung nicht gelingt, Abhilfe zu bringen.

Durch soziale Erleichterungen sucht die Regierung das Los der betroffenen Volksschichten zu lindern. Massenspeisungen auf Staatskosten (Freifleisch, Freimilch), billige

Wohnbauten, Spitäler und dgl. sind gewiss schöne Geschenke, aber auf die Dauer wird das Budget diese ständig wachsenden Ausgaben doch nicht tragen können.

Auch die Sweepstake Lotterie lässt sich kaum weiter ausbauen. Der Staat ist an ihrer Organisation nicht direkt beteiligt, aber er unterstützt sie indirekt, wo er nur kann, um damit die nötigen Mittel für viele humanitäre Werke aufzubringen. Die Lotterie dürfte jährlich ungefähr 25 Millionen ^{Fr.} für soziale Zwecke eintragen. Die Schweiz ist daran trotz Lotterieverbot mit ungefähr 450.000 Franken jährlich beteiligt, von denen jährlich durchschnittlich ungefähr 350.000 Franken wieder in Form von Gewinnen in unser Land zurückfliessen. Ob auch auf die Dauer mit so grossen Summen gerechnet werden kann, möchte ich bezweifeln. Die zunehmenden Lotterieverbote vieler europäischer Gross- und Kleinstaaten erschweren jedenfalls den Vertrieb der Loose immer mehr.

Interessant sind auch die Versuche der Regierung das Gaelische wieder als Landessprache einzuführen und altirische Sitten neuaufleben zu lassen. Man verspricht sich von einem Volke mit einer Nationalsprache und eigenen Gebräuchen ein viel stärkeres Eigenleben und damit wohl auch eine stärkere Resistenz gegen den englischen Einfluss. Namentlich Präsident de Valera gilt als ein grosser Förderer solcher

Versuche. Die Verbreitung des Gaelischen ist aber trotz aller Zwangsmittel in Schule und Öffentlichkeit noch recht beschränkt. Die Zahl der im täglichen Leben Gaelisch sprechenden Einwohner dürfte heute 200.000 kaum übersteigen, also ungefähr 5% der Gesamtbevölkerung ! Die Sprache gelangt am meisten in den unteren Ständen an der Westküste zur Anwendung, in der Stadt bekommt man kaum ein irisches Wort zu hören. Die Wiedergewinnung des Landes für eine fast abgestorbene Sprache scheint mir überhaupt problematisch, namentlich wenn das Volk nicht zugleich auch die englische Sprache erlernen soll. Die geographische Lage des Landes erlaubt es nicht, sich sprachlich so abzuschliessen, dass man mit dem einzigen Nachbarn nicht mehr sprechen kann.

Sehr charakteristisch für die Innenpolitik ist endlich auch die starke Anlehnung der Regierung an die katholische Kirche, die nicht einmal Staatskirche ist. Die Fäden laufen hier nicht durch ein Kultusministerium, sondern sie werden ausschliesslich im persönlichen Kontakt gesponnen. Die vielen Vereinsanlässe dürften die besten Gelegenheiten hierfür sein. Der Klerus (28 Erzbistümer und Bistümer mit ungefähr 7000 Geistlichen und 9200 Ordensfrauen) übt hier neben der religiösen Mission noch eine kulturelle und politische aus. Er sorgt insbesondere in der Schule für den gesinnungstüchtigen Nachwuchs. Die katholische Religion schafft eine

Einheit, wie sie die Regierung anders nicht so leicht erreichen kann. Katholisch und Gaelisch sind in den Augen der Regierung zwei Grundpfeiler der Autonomie, sie differenzieren Irland am meisten von England.

3. Aussenpolitik.

In der Aussenpolitik gilt es für die heutige Regierung nur eines zu erreichen, die gänzliche Loslösung von Grossbritannien. Die irischen Gesandten in Berlin, Paris, Rom und Washington arbeiten wohl in erster Linie in diesem Sinne. Man spricht schon von der Entsendung weiterer Gesandten, deren Mission sicherlich von der ihrer Kollegen nicht viel abweichen wird. Die Erfolge, die andere Klein- und Mittelstaaten mit Hilfe ihrer Diplomatie errungen haben, lassen, wie mir scheint, die irische Regierung in dieser Hinsicht nicht ruhen.

Auch sonst betont die Regierung mit immer mehr Nachdruck ihre vollständige Unabhängigkeit nach Aussen und sucht immer mehr direkte Beziehungen mit den Staaten aufzunehmen. Dass man in hiesigen Regierungskreisen im Völkerbund einen starken Befürworter der irischen Unabhängigkeit erblickt, ist zweifellos. Man liebäugelt vor allem mit Deutschland, das letzten Endes der ganzen Befreiungsbewegung während des Weltkrieges zu Gevatter gestanden hat. Man lockt die fremden Regierungen mit der Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen. Alle kommen und hoffen, dass die ersten Jahre der neuen Regierung

mit ihren vielen neuen Unternehmungen und Industrien auch für sie etwas eintragen werden. Ganz besonders berücksichtigt werden diejenigen Staaten, die in Dublin Gesandtschaften errichten und damit stillschweigend die gänzliche Loslösung des Freistaates von Grossbritannien anerkannt haben. Ja es hat bisweilen fast den Anschein, als ob die Auszeichnungen, die die Diplomaten durch die hiesigen Behörden erfahren, in erster Linie einen politischen Zweck gegenüber England verfolgen würden und als ob der wirtschaftliche Zweck dieser Missionen für Irland erst an zweiter Stelle stünde.

Der Streit mit England findet im Volke nur noch insofern Interesse, als es sich darin um wirtschaftliche Probleme handelt. Ein Hass gegenüber England ist mir nicht begegnet. Die Los von England Kundgebungen sind meist das Werk jugendlicher Heissporne, die sich höheren Orts gerne die Sporen verdienen möchten. Das Volk selbst hat sich mit der Ausrufung des Freistaates zufrieden gegeben, es will mit England im Frieden leben. Aussenpolitische Spitzfindigkeiten sind ihm weniger gelegen. Es nimmt sie als eine Zugabe seiner Führer entgegen und stellt sich dazu ohne Widerrede je nach Parteiprogramm ein. Wie in allen neuen Staaten, besteht auch in Irland das Verlangen nach einer weitgehenden Autarkie. Nach Präsident de Valeras Wunsch sollte der Einkauf in England möglichst zurückgedrängt und soviel wie möglich in

11)

Irland hergestellt werden. Trotz allem setzt sich dieses patriotische Volk aber über diese Aufforderungen kaltblütig hinweg und kauft jährlich weit über die Hälfte seiner eingeführten Waren in England. Die Regierung scheint inzwischen auch eingesehen zu haben, dass sie in ihrem Selbstversorgungsbestreben vielleicht doch etwas zu weit gegangen ist, sie macht jedenfalls andauernd Versuche die Situation zu bessern. Ja sie liess sich sogar herbei, mit Grossbritannien den bekannten Coal-Cattle Vertrag von 1. Februar 1935 abzuschliessen. Es ist auch anzunehmen, dass noch weitere Konzessionen gemacht werden müssen, wenn dem Land eine gesunde wirtschaftliche Basis gegeben werden soll. Internationaler Handel, Tourismus, Bankwesen zählen hier kaum in der staatlichen Bilanz, ausschlaggebend ist und bleibt nur der Verkehr mit England. Solange Irland für seine landwirtschaftlichen Produkte nicht einen regelmässigen Käufer gefunden haben wird, wird meines Erachtens seine Wirtschaft nicht gesunden können. Die derzeitigen Handelsgeschäfte auf diesem Gebiete mit gewissen Grossmächten sind abnormal und verfolgen wohl mehr politische Zwecke.

In der Hauptsache wird der Streit mit England heute nur mehr zwischen den beiden Regierungen und den zuständigen Ministern geführt. Den richtigen modus vivendi

zu finden, bleibt nach Auffassung der Oeffentlichkeit Sache der Regierung. Entgegen deren Bestrebungen vertreten heute die laeder der Opposition zum ersten Male unmissverständlich den Standpunkt , eines unabhängigen Irlands im Rahmen der Commonwealth. Diese kategorische Stellungnahme ist nicht dazu angetan, der Regierung die Arbeit zu erleichtern; sie dürfte vielmehr in der nächsten Zeiten zu einem offenen Kampf der Parteien um die Normierung der Wirtschaftspolitik führen.

Wiederholt wurde schon die Anregung gemacht, die vornehmsten Streitfragen im Wege eines Schiedsgerichtes aus der Welt zu schaffen. Das Vorhaben scheiterte dann immer wieder an der Intransigenz der beiden Parteien : England wollte entsprechend den Verträgen nur ein Schiedsgericht anerkennen, das sich aus Vertretern des Commonwealth zusammensetzt, während Irland ein internationales Schiedsgericht mit Vertretern, die nicht nur dem britischen Reich angehören, verlangte.

Die beiden grossen Streitfragen, die heute der Entscheidung harren, lauten :

1) Ist Irland berechtigt die Summen, die England für die Ablösung von irischen Landbesitz vorgeschossen hat und die heute in Annuitäten England geschuldet werden, für sich zu behalten ? (Annuität 1934-35 = £ 4.850.000).

2) Ist Irland berechtigt, Vertragsänderungen

und Verfassungsänderungen einseitig vorzunehmen (Abschaffung des Eides auf den König, Einführung einer eigenen Staatsangehörigkeit, Abschaffung der Genehmigung durch den König für die irischen Gesetze)?

Weitaus die grösste Wichtigkeit kommt der ersten Frage zu. Der ganze heutige, bereits schon 3 Jahre währende Wirtschaftskampf mit England ist überhaupt nur auf den Streit um die Annuitäten zurückzuführen. Die britische Regierung erhebt heute zur Deckung der ihrer Ansicht nach zu Unrecht von der irischen Regierung zurückbehaltenen Annuitäten sehr hohe Zölle auf dem irischen Import, der namentlich aus Vieh und Lebensmitteln besteht und in der irischen Handelsbilanz ausschlaggebend ist. Die irische Regierung geht in gleicher Weise gegen England vor, indem sie die englische Industrie nach Möglichkeit zu umgehen trachtet und englische Waren mit hohen Zöllen belegt. Dabei ist aber England trotz dieses Wirtschaftskampfes immer noch der Hauptlieferant und Käufer des Freistaates geblieben :65% vom gesamten Import Irlands stammen aus England und Nordirland; mehr als 90% des Exports Irlands gehen heute noch nach England.

Das gespannte Verhältnis zwischen beiden Regierungen ist um so bedauerlicher, als es sich in Irland auch

innerpolitisch auswirkt. Könnte sich die Regierung dazu entschliessen, mit England Frieden zu machen, so gäbe es im Inland keine grösseren Differenzen mehr. Es bestünde eine gewisse Chance, die Angliederung Nordirlands, das heute immer noch der freistaatlichen Regierung gegenüber sich ablehnend verhält, einzuleiten. In manchen Fragen der Innenpolitik (wie Selbstregierung, Sprachenfrage) sind sich die Parteien überhaupt einig. Selbst nach Aussen scheint mir unter den Parteien ein verstecktes Einvernehmen zu bestehen. Alle wünschen in ihrem Innersten, wenn es einmal darauf ankommt, der Commonwealth auch weiterhin anzugehören und mit ihr auf wirtschaftlichem Gebiet enger zusammen zu arbeiten.

Es ist also immer noch die Möglichkeit da, sich wieder zu finden. Eine Frage der Zeit bleibt es, ob und wann dieser Ausgleich gefunden werden soll. Das silberne Jubiläum des Herrscherpaares, auf das viele ihre Hoffnung setzten, scheint der Regierung nicht zu passen, Demokratisch wie sie ist, wollte sie sich offenbar nicht den Anschein geben, als hätten die rauschenden Feste ihr Anlass zu einem Kotau gegeben. Ein angeblicher Vermittlungsversuch via Vatikan wurde von der Regierung erst dieser Tage noch kategorisch dementiert. Je baldier die Aussöhung mit England zu stande kommt, desto rascher dürfte auch das hiesige Wirtschaftsleben gesunden. Dauern die heutigen Zustände an, so kann nach meinem Dafür-

halten eine Zeit kommen, in der es Irland überhaupt nicht mehr möglich sein wird, mit England zu verhandeln. Ob eine solche Situation aber für diese weltabgeschlossene Insel wirklich von Nutzen ist ? Ich vermag es nicht zu glauben.

Noch möchte ich die Einstellung der Regierung zu Nordirland, dem politisch und wirtschaftlich mit Grossbritannien verbundenen irischen Gebietsteil, kurz erwähnen. Es gibt hier nur eine Auffassung, die auch vom gesamten Volke geteilt wird. Regierung und Volk würden eine Rückgliederung der 6 Grafschaften Nordirlands sehr begrüßen. Der erste Schritt ist aber von Nordirland zu erwarten, das heute immer noch der ablehnende Teil ist. Vorwiegend protestantisch lässt sich der Norden in seiner Haltung vor allem von religiösen und erst in zweiter Linie von wirtschaftlichen Erwägungen leiten. Während in den 26 Grafschaften des Freistaates Katholiken (2,7 Millionen) und Protestanten (200.000) in gutem Einvernehmen leben, streiten sich beide Religionen in Nordirland ständig. Diese Intransigenz hängt namentlich mit dem Charakter der Nordirländer zusammen, der viel ernster ist, als der des leichtlebigen Südinulaners. Dann aber haben auch die nordischen Industrien ihren Markt fast ausschliesslich in England (Schiffsbau und Textilien). Eine Vereinigung mit dem Freistaat käme für die Industrie nur in Betracht, wenn der Freistaat seine Wirtschaftspolitik

gegenüber England ändern würde. So bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als bei ihr passend erscheinenden Gelegenheiten die nördlichen Volksgenossen auf die paradiesischen Zustände im Bünden aufmerksam zu machen. Viele Anhänger scheint die Regierung damit nicht gefunden zu haben.

Eigenartig ist auch die Stellung zur katholischen^N Kirche. Man kann wohl füglich behaupten, dass in keinem Lande Europas ihr eine Stellung eingeräumt wird, wie in Irland. Nuntius und Kardinalprimas vertreten hier eine Art Patenschaft. Aussenpolitisch wirkt sich dies für Irland insofern vorteilhaft aus, als die Kirche dank Ihrer Internationalität dem Freistaat ausgezeichnete propagandistische Dienste leistet. Ihre schützende Hand bedeutet zudem noch eine wertvolle Unterstützung im internationalen Verkehr. Endlich dürften damit auch heute noch der irischen Auswanderung insofern die Wege geebnet werden, als Irland derzeit vielleicht am meisten Missionspriester aufweist. Ihre tüchtige Arbeit in den ~~en~~ englischsprechenden Missionsländern wird von Rom besonders anerkannt. Hier liegt zweifelsohne ein Hauptgrund für das grosse Interesse der Kirche an der irischen Katholizität. In Irland verfügt die Kirche noch über eine fast unerschöpfliche Reserve, die ihr heute in der

Diaspora ganz besonders notwendig ist. Der derzeitige Nuntius Mgr. Robinson wurde nicht umsonst der Missionswelt entnommen. Niemand im Lande genießt ein Ansehen wie dieser ehemalige Franziskaner Missionar ! Meine Auffassung bestätigt übrigens auch der neuliche Empfang des Kardinalsprimas von Irland, Mgr. Mac Rory, anlässlich seiner Rückkehr von Melbourne wo er als päpstlicher Legat den eucharistischen Kongress präsiidierte. Die aufblühende australische Kirche ist zum grossen Teil die Schöpfung eines dorthin verpflanzten irischen Klerus und eingewanderter irischer Arbeiter. Mgr. Mac Rory's Rückkehr bedeutete ein Triumphtag für Staat und Kirche. Präsident de Valera und der Nuntius fuhren dem hohen Kirchenfürsten nach Kingstown entgegen. Kavallerie und Infanterie bildeten dort Spalier. Von einer Ehrengarde eskortiert, zogen die drei illustren Herren in die Residenzstadt ein, wo noch am selben Abend zu Ehren des Kardinals im Schloss ein Bankett stattfand. (Die übrigen fremden Vertreter werden nicht ein einziges Mal zu einem Diner eingeladen !) Wenn ich Ihnen über diese religiöse Demonstration etwas ausführlicher berichte, so geschieht dies, weil hier das Katholische derart auffallend betont wird, dass der kontinentale Beobachter, wenn er auch Katholik ist, nicht aus dem Staunen herauskommt. Politisch steht Irland im Banne

Englands und der Kirche. Irlands internationale Stellung ist nur in seinen Beziehungen zu diesen beiden Mächten verständlich.

Während die Politik gegenüber der Kurie unmässig verständlich ist, kommt mir die Politik gegenüber England wie ein Rätselraten vor. Es ist wie in einer Ehe, die schon zu lange gedauert hat, als dass beide Teile ohne weiteres zur Scheidung schreiten könnten. Ständige Chikanen sind an der Tagesordnung; ja es hat oft sogar den Anschein, als ob sich beide Teile darüber freuen würden. So kommt es, dass dieses sonderbare Verhalten gegenüber England trotz allem keine direkte Befehdung bedeutet, die mit der Zeit in einen tragischen Konflikt ausarten könnte. Es ist vielmehr ein bereits latenter Zustand, der ganz automatisch auf eine Loslösung von Grossbritannien hinzielt. Erst strebt man mit grösster Hartnäckigkeit die wirtschaftliche Unabhängigkeit an, daran anschliessend sollen dann wohl die letzten politischen Schranken von selbst fallen.

Ganz besonders eng sind auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Mit dem Vatikan ist es der einzige Staat, der sein Gesandtschaftsgebäude vom irischen Freistaate möbliert zur Verfügung gestellt bekommt ! Die "Irish Americans" spielen eine grosse Rolle in der irischen Aussenpolitik. Wenn man bedenkt, dass von 1,8 Millionen in Irland geborenen Iren,

die heute im Ausland leben, nicht weniger als eine Million in den Vereinigten Staaten sich aufhält, so wird einem deren Wichtigkeit wohl bewusst. Aehnlich wie die Ausland-Polen zeichnen sich auch die Iren in der Fremde durch treue Anhänglichkeit an ihre Heimat aus. Wie diese haben daher auch die Iren dem Staate in den ersten schweren Zeiten grosse Summen zur Verfügung gestellt. Heute wirkt sich ihr Verhältnis zur alten Heimat namentlich propagandistisch sehr vorteilhaft aus, dies um so mehr als die Iren in der Fremde auch stark zusammenhalten und völkisch sich nicht leicht vermischen lassen. Der Radiogruss des Präsidenten des Freistaates am Nationaltage, dem Feste des hl. Patrick, ging diesmal nicht an die Iren im Auslande, sondern an die Iren in Amerika. Gleichzeitig empfing der Lord Mayor von Dublin in New-York in den "Königszimmern" des Hotel Astoria die amerikanische Presse. Seine Reise durch die Vereinigten Staaten war eine grossangelegte Propagandafahrt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

J. Henry